

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Jahreshälfte 10.000.— M. Einzelverkaufspreis 900 M.

Redaktion: Johannstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 154.

Donnerstag, 5. Juli 1923.

30. Jahrgang.

Verspätete Einsicht.

Am Mittwoch ist der Vertreter des Papstes in Deutschland, Monsignore Pacelli, in Berlin eingetroffen. Der Zweck seiner Reise ist, den Reichskanzler auf die Gefahren der Dynamitattentate aufmerksam zu machen und ihn im Auftrage des Vatikans zu einer entschiedenen Wehr gegen die Attentäter zu bewegen.

Es ist bedauerlich, daß es erst so weit kommen mußte und die Mahnungen der republikanischen deutschen Parteien, die lediglich in der passiven Abwehr die Möglichkeit zu einem Erfolge sehen, immer wieder ungehört verhallen. Diese Tatsache zeigt erneut die Geistesverfassung unserer Regierung, die für politische Notwendigkeiten keinen Sinn hat. Die letzte deutsche Antwortnote wurde im wesentlichen auf Geheiß einer maßgebenden englischen Persönlichkeit fertiggestellt, jetzt muß der Heilige Stuhl die Wilhelmstraße daran erinnern, was die Stunde geschlagen hat und was im eigenen Interesse Deutschlands notwendig ist. Alle Nachrichten aus London und Brüssel, die mit den Dynamitattentaten der letzten Zeit in Zusammenhang standen, lieferten den besten Beweis dafür, daß die sinnlosen Sprengungen der deutschen Sache einen endlosen Schaden zufügen. Unter dem Tode der belgischen Wirtschaftskreise war die Regierung Theunis eine Zeitlang bereit, gegenüber Frankreich einen vermittelnden Standpunkt zu vertreten, der das Ententebündnis erneut festigen konnte und der zu einer Lösung des Ruhrkonflikts vielleicht beigetragen hätte. Durch die sinnlose Tat auf der Duisburg-Hohefelder Rheinbrücke haben inzwischen aber die belgischen Militärs wieder Oberwasser erhalten und es ist Herrn Poincaré nichts leichter gefallen, als die belgische Regierung an Hand der fortgesetzten Attentate von der unbedingten Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes zu überzeugen, bevor man zu Verhandlungen schreitet. Alles das hat die Regierung nicht zu einer Kampfanzeige an die deutschvölkischen Verbotsorganisationen anregen können. Aus rein außenpolitischen Gründen wäre es ihre Pflicht gewesen, mit Entschiedenheit die Dynamitattentate zu verurteilen, statt ohne weiteres Anschuldigungen in die Welt hinauszuschleudern, die genau so überflüssig waren wie die voreiligen Behauptungen der französischen Presse, daß es sich abemals um ein deutsches Attentat handele. Aber selbst wenn das aus ganz bestimmten Gründen unterlassen wurde, verlangte wenigstens die Konzilianz gegenüber der englischen Regierung eine entsprechende Stellungnahme. Herr Cuno hat bekanntlich ohne maßgebende Gründe die Vertreter deutscher Interessen der englischen Regierung überlassen, obwohl man sich inzwischen in Deutschland allgemein darüber klar geworden ist, daß es schwer sein dürfte, auf diesem Wege zum Ziele zu kommen. Nichts war Herrn Poincaré deshalb angenehmer, als eine neue Schandtat gegen die Besatzungstruppen, die er geschickt gegen die englische Regierung auszunutzen gewußt hat, ohne daß Baldwin und Lord Curzon ihm auch nur den geringsten Beweis dafür erbringen konnten, daß das amtliche Deutschland mit derartigen Verbrechen nichts zu tun hat, sondern sie bekämpft.

Nach diesen verpackten Gelegenheiten scheint Herr Cuno die Notwendigkeit der Kampfanzeige gegen die deutschvölkischen Dynamitattentäter insbesondere infolge der päpstlichen Intervention endlich einzusehen. Sobald die Besprechungen mit Pacelli, die am Donnerstag fortgesetzt werden, zu Ende geführt sind, soll eine allgemeine Erklärung gegen die Dynamitattentate veröffentlicht werden. Leider haben wir Grund zu der Befürchtung, daß diese Kundgebung nur formellen Charakter hat und vorwiegend versucht, bei den deutschvölkischen Kreisen keine Bestimmung hervorzurufen. Schon heute warnen wir deshalb die Regierung, entsprechend zu verfahren und verlangen von ihr, daß sie mit einer positiven Abjage an die Verbrecher vor die Öffentlichkeit tritt. Sie kann, wenn der gute Wille da ist, wesentliches dazu beitragen, daß die Attentate verhindert werden. Vor allen Dingen muß das Reich in Zukunft den preußischen Innenminister durch seine Instanzen die notwendige Unterstützung in der Bekämpfung der Verbrecher zuteil werden lassen, an der es bisher vollkommen gescheitert hat. Wir erwarten, daß die Reichsinstanzen sofort angewiesen werden, mit der vollen Schärfe des Gesetzes gegen die Dynamitattentäter vorzugehen, vor allen Dingen ein generelles Verbot zur Verhinderung von Dynamit an die Freischarler ergeht und der Anzug mit der Ausbändigung der Freischarler an Mitglieder der Organisationen, die für den Untergang der Republik arbeiten, wie überhaupt an alle Personen, die auch nur in dem geringsten Verdacht stehen, Attentate zu planen unterlagert wird. Das sind Voraussetzungen, die ergänzt werden müssen durch Strafandrohung gegen jeden Beamten, der trotzdem den Mitgliedern der Geheimorganisationen für ihre schädlichen Pläne Unterstützung leistet. Mit Appellen an die Moral

der angeblich „nationaldenkenden“ Attentäter ist unserm Volk nicht gedient. Sowohl die im Abwehrkampf stehenden Volksschichten wie die im unbefestigten Gebiet lebenden Bevölkerungsteile erwarten jetzt ein Vorgehen mit scharfer Hand.

Außer einer Aktivität in der Behandlung unserer sogenannten „nationalen Kreise“ halten wir auch eine Aktivität in außenpolitischer Beziehung für notwendig. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß vorläufig von der englischen Regierung nichts Wesentliches zugunsten Deutschlands zu erwarten ist, da einmal die Liebe der englischen Regierung zum deutschen Volke nicht so groß ist, daß sich eine Sonderaktion Englands gegen Frankreich verlohnte, andererseits aber die Bündnispolitik für die englische Regierung gerade in der jetzigen Zeit eine politische Notwendigkeit ist. Maßgebende Kreise in London bringen das offen zum Ausdruck und machen keinen Hehl daraus, daß es unter diesen Umständen besser wäre, wenn Deutschland wenigstens den Versuch zu einer direkten Verständigung zu kommen. Nach uns zugegangenen äußerst zutreffenden Informationen ist auch der englische Außenminister dieser Auffassung. Nach den endlosen Enttäuschungen sind wir uns klar darüber, daß auch der Versuch einer direkten Verständigung mit unseren Partnern äußerst schwierig ist. Offiziell aber ist bisher ein derartiger Versuch nicht gemacht worden. Mit Rücksicht auf die englische Politik wäre aber vielleicht jetzt die Zeit, offiziell wenigstens jetzt eine direkte Annäherung mit Frankreich zu erwägen. Ein Ende mit schweren, aber erträglichem Opfern halten wir immer noch für besser als die endgültige Katastrophe.

SPD. Der Reichskanzler empfing am Mittwoch nach der vorläufigen Rücksprache mit dem Vertreter des Papstes, Monsignore Pacelli, u. a. die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zur Erörterung stand die innen- und außenpolitische Situation, insbesondere aber die Sabotageakte. Die Vertreter der Sozialdemokratie ließen keinen Zweifel darüber, daß sie eine entschiedene Erklärung der Regierung gegen die Attentate erwarten und auf eine politische Aussprache noch im Verlauf dieser Woche bestehen. Die Regierung ist einer außenpolitischen Debatte abgeneigt. Die Entscheidung darüber, ob noch im Verlauf dieser Woche eine entsprechende Debatte stattfindet, wird am Donnerstag der Ministerrat des Reichstages treffen.

Besprechungen in Berlin.

III. Berlin, 5. Juli.

Der Berliner Lokalanzeiger berichtet: Im Laufe des gestrigen Tages fand noch eine weitere Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Cuno und dem Nuntius Pacelli statt. Der Vertreter des Heiligen Stuhls gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Regierung sich gegen Sabotageakte wenden müsse. Die Reichsregierung ist um so eher in der Lage, diesem Wunsch nachzugeben, als gerade der Reichskanzler zu wiederholten Malen sich gegen Sabotageakte ausgesprochen hat. Heute wird eine neue Besprechung zwischen Dr. Cuno und dem päpstlichen Gesandten stattfinden. Es ist damit zu rechnen, daß die Regierung sich wahrscheinlich noch heute abend in einer offiziellen Veröffentlichung durch die Presse gegen die Sabotageakte wenden wird. Gleichzeitig werden auch die rheinischen Abgeordneten, voraussichtlich mit Ausnahme der Deutschnationalen, eine ähnliche Erklärung abgeben. Innerhalb der Sozialdemokratie war der Wunsch nach einer politischen Aussprache im Reichstag noch vor Beginn der Ferien laut geworden. Der Reichskanzler machte die Führung der Fraktionen auf die außenpolitischen Folgen aufmerksam. Heute wird in einer Sitzung darüber entschieden werden, ob noch die sozialdemokratische Fraktion sich die Ansicht ihrer Führer, die der Meinung des Reichskanzlers sich nicht verschlossen haben, zu eigen macht. In den Besprechungen war vom Abg. Dr. Stresemann der Vorschlag gemacht worden, den Reichskanzler oder Reichsaussenminister über die mit Pacelli gehaltenen Unterredungen in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses sprechen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung aus innenpolitischen und außenpolitischen Rücksichten abgelehnt. Auch wünscht die Regierung keine großangelegte innenpolitische Aussprache, die sich heute oder morgen im Reichstag bei der Erörterung der Steuerfragen entspinnen könnte.

sind, ein Ende zu bereiten, den Antrag im Laufe der gegenwärtigen Session zur Prüfung vorzunehmen, und beauftragt das Sekretariat des Bundes, unverzüglich die Mitglieder der Regierungskommissionen einzuladen, sich nach Genf zum Völkerbundsrate zu begeben und alle notwendigen Dokumente mitzubringen.

Wenn auch über den Antrag Branting, die Vertreter der Saarbevölkerung anzuhören, nicht beschlossen wurde, so befindet sich doch bereits jetzt schon eine saarländische Delegation in Genf.

Die Resolution des Völkerbundes.

Genf, 4. Juli.

Die in der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkerbundes angenommene Resolution über die Ausführung des englischen Antrages, betreffend das Saargebiet, lautet folgendermaßen:

Der Völkerbundrat, der den Antrag Großbritanniens, die kürzlich im Saargebiet eingetretenen Ereignisse einer Prüfung zu unterziehen, beraten hat, beschließt, um allen Mißverständnissen und Diskussionen, die darüber entstanden

Die Anzeigengebühren betragen für die achtgespaltene Beilage über deren Raum 1600.— Mark, auswärtige 1800.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1200 M., für Reklamen 6000.— M., Geschäftsstelle: Johannstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Die Vorbereitung der Gegenrevolution.

Als Folge der fortgesetzten nationalen Demütigungen schießt der Nationalismus überall üppiger ins Kraut als je seit 1918. Aus allen Gegenden des Reiches kommen Nachrichten, die darauf hinweisen, daß die rechtsradikalen Verbände mit Hochdruck am Ausbau ihrer Organisationen arbeiten, um, wie Hitler immer wieder predigt, bald Abrechnung mit den „Novemberverbrechern“ zu halten und dann zum Befreiungskampfe überzugehen. Natürlich marschieren Bayern nach wie vor an der Spitze. So werden im Aichaffenburg-Bezirk von den nationalsozialistischen Verbänden regelrechte Mobilisierungsvorbereitungen getroffen. Die verwendeten Stammlisten enthalten Angaben über alles und jedes, was zur Ausrüstung und Aufstellung einer Truppe gehört. Mitgebrachte Ausrüstungsgegenstände dieser „vaterländischen Verbände“ werden, das ist das Interessante, von der Militärbehörde abgeholt und angefaßt. Die Organisationsleiter dieser Kriegsspielerei und -heerei sind fast durchweg frühere aktive Offiziere, die die Mücke, die ihnen eine erhebliche Pension gestattet, dazu benutzen, um den Kampf gegen die ihnen verhasste Republik vorzubereiten. Wie überall in Bayern, so besteht auch im Aichaffenburg-Bezirk nicht nur die enge Verbindung mit der Reichswehr, sondern auch mit der Schutzpolizei, deren Parteigänger gleichzeitig nationalsozialistische Sturmtruppführer sind. Dieses ganze Treiben, das auf preußisches und heiliges Gebiet hinübergreift und keine Krönung in großen Aktionen findet, zu denen der abgelegene bairische Speckart das Mandbergelände abgibt, spielt sich ab unter der wohlwollenden Unterstützung einer hohen Beamtenschaft. Jede Veröffentlichung und Brandmarkung dieser Zustände führt, genau wie im Ruhrgebiet, zu Zeitungsverboten. Unter Würzburger Parteiblatte wurde verboten, weil es diese Dinge zur Sprache gebracht hat.

Ein anderer Wetterwinkel für Rechtsradikalismus ist von jeher Pommern gewesen. Kein Wunder also, wenn man jetzt auch dort wieder sehr regen an der Arbeit ist. In Stettin und den übrigen pommerschen Städten hat sich schon seit längerer Zeit ein „Bund der Heimatsfreunde“ aufgetan, dessen Mitglieder ausschließlich frühere Stoßtrupps unterhalten. Ihre Aufgabe ist, im „gegebenen Augenblick“ die öffentlichen Gebäude Stettins und andere Städte zu besetzen und die „gegenwärtigen“ Führer zu „verhaften“. Auch hier zeigt sich also, daß der Kampf in erster Linie gegen den „inneren Feind“ geführt werden soll. Mit dem „Bund der Heimatsfreunde“ zusammen sind alle übrigen rechtsradikalen Arbeitsgemeinschaften, Sport- und Jungmännerbünde seit dem Februar unter einer gemeinsamen pommerschen Provinzialleitung zusammengefloßen, an deren Spitze der am 1. Februar verabschiedete Kommandeur des Stettiner Wehrkreiskommandos, Generalleutnant v. Hammerstein-Gesmeid, steht. Natürlich arbeitet der gesamte rechtsradikale Apparatus hinter dem als finanzielle Rückenstärkung Landbund und Reichsbund stehen, in enger Verbindung mit dem Wehrkreiskommando, in dessen Gebäude sie sogar die Geschäftssimmer für ihr „Siedlungswejen“ haben.

Eine besonders erwähnenswerte Beleuchtung erfahren die staatsfeindlichen Umtriebe in der Niederlausitz durch ein Schreiben, in dem sich der militärische Leiter der dortigen Selbstschutzorganisation, ein früherer Regimentkommandeur in Cottbus, über seine Verabschiedung durch den Landbundspräsidenten v. Rahnmer beklagt. Daraus geht hervor, daß Mittel der Kreisstellen für die Zwecke der Geheimorganisation verwandt wurden und der Sprengberg Landrat Wilkins wird sogar als einer der leitenden Herren der Organisation genannt, die in dem Schreiben ausdrücklich als „verboten“ anerkannt wird. Dieser Niederlausitzer Heimatsbund gibt in einem Rundschreiben als Ziel seiner Tätigkeit auch unumwunden zu: Wiederherstellung der Reichsgrenzen vom August 1914 und Zurückgewinnung der deutschen Kolonien, Erzwingung einer Präsidentschaft für den Reichshalter der später wieder zu errichtenden Monarchie, rüchschlossler Kampf gegen die parlamentarische Parteiregierung, Ausschaltung der „deutschfeindlichen, international gerichteten“ Arbeiterführer u. a. m., außerdem die Vorbereitung zur Wiedererrichtung der Monarchie, des alten Heeres und der alten Kriegsmarine. Man sieht also, diese Leute gehen, wenn auch noch nicht in der Öffentlichkeit, so doch in ihren geheimen Zirkeln, mit großer Zielsetzung auf Ganze. Das Charakteristische all dieser rechtsradikalen Organisationen ist, daß ihr Kampf gegen den äußeren Feind unahnt den Kampf gegen den „inneren Feind“, die Arbeiterklasse und ihrer Führer, zur Voraussetzung hat. Großartig verkündet daher auch das deutschvölkische „Deutsche Tageblatt“, daß es vom 1. Juli ab Organ des Reichsbundes völkischer Kampferwartungen geworden ist. Also auch auf diesem Gebiet wollen es die Deutschvölkischen den Kommunisten gleichtun. Sie werden ebensowenig wie diese zu ihrem Ziel gelangen!

Bevorstehender Abschluß eines deutsch-russischen Getreidelieferungsvertrages.

Berlin, 5. Juli.

Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Seite erfährt, sind die Verhandlungen zwischen führenden deutschen Wirtschaftsleuten und der Sowjetregierung über Getreidelieferungen aus Rußland soweit gediehen, daß mit ihrem Abschluß demnächst gerechnet werden kann. Dem Vernehmen nach handelt es sich hier um Getreidevorräte, die die Sowjetregierung im Herbst nach Ablauf der Ernte an Deutschland liefern wird. Der Preis für die Lieferungen beträgt 200 Millionen Goldmark, von denen die Hälfte bei Abschluß des Vertrages in bar bezahlt werden soll. Ein Viertel der Zahlungen soll in bestimmten, bereits festgelegten Waren geliefert werden. Für das letzte Viertel soll Rußland die Auswahl der Waren zugelassen sein.

Reichstag.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch den Gesetzentwurf über Änderung des Versicherungsvertrags für Angestellte der Reichsversicherungsordnung. Für die Sozialdemokratie sprachen Siebel und Luise Schröder. Der Gesetzentwurf soll verhindern, daß mit der Reichswährung auch die Rentenversicherung zusammenbricht. Die daraus entstehende Not der Versicherungsangestellten ist ein getreuer Spiegel der furchtbaren Lage in allen Schichten der versicherten Arbeitnehmer. Sie sind das Opfer einer verfehlten Wirtschaftspolitik und Währungs politik der Reichsregierung und der bürgerlichen Mehrheit. Darauf ist es zurückzuführen, das Landesversicherungsanstalten das Heilverfahren und damit den Kampf gegen die Volksleiden nicht so wie früher führen können. Ganze Heilkräften sind bereits außer Betrieb. Die Versicherten verlangen in erster Linie, daß dem Zusammenbruch ihrer Arbeitskraft vorgebeugt werde, denn die geringen Sozialrenten können sie und ihre Familien nicht retten. Die Anpassung der Renten an die Geldentwertung entspricht nicht unseren Erwartungen. Die Teuerungszulagen zu den Invalidenrenten und Ruhegehältern sind von 9000 Mark auf 360 000 Mark jährlich, die der Rentenrente von 4500 Mark auf 180 000 Mark jährlich erhöht worden. Wie aber regten solche Zulagen in Höhe von 1,2 Millionen Mark jährlich an und verlangen, um die Beiträge für die Erhöhung der Renten in größtem Umfang auszunutzen, eine Verminderung der Steigerungssätze, denn diese verflingen den größten Teil der Beiträge, die infolge des Anwartschaftsbedarfs in Form einer ferneren Zukunft „aufgeparkt“ werden. Im Umlageverfahren wäre es möglich gewesen, die Teuerungszulagen glatt zu veranschlagen und damit wäre den gegenwärtigen Sorgen besser Rechnung getragen. So werden verhältnismäßig hohe Beiträge verlangt, obwohl die Versicherten von ihren Papiersöhnen ohnehin nicht leben und nicht sterben können. Die bürgerlichen Parteien haben es dennoch nicht für nötig gehalten, auf unseren Standpunkt zurückzukommen.

Ein Antrag des völksparteilichen Abg. Düringer zum Schutze der Hypothekengläubiger ist vom Rechtsausschuß abgelehnt worden. Der Antrag sieht vor, daß Hypotheken- oder Grundschulden, die vor dem 1. Januar 1922 eingetragen worden sind, bis zum 1. Januar 1927 nur mit Zustimmung des Gläubigers zurückgezahlt werden können. Düringer sprach nun im Plenum sehr warm für seinen Antrag und mit großer Schärfe gegen seinen Fraktionskollegen, den Reichsjustizminister Heine. Dieser antwortete sehr ausführlich, um nachzuweisen, daß an eine Aufhebung der Hypotheken nicht zu denken sei. Man wolle nicht falsche Hoffnungen erwecken. Wollte man die Hypotheken in Gold oder in aufgeteilteten Beiträgen zurückzahlen, so müßte daselbst für die Staatsanleihe, die Kreditsanleihe, die Obligationen und andere Forderungen gelten. Schließlich wurde der Antrag Düringer zusammen mit einigen Anträgen derselben Materie an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Als dann unsere Genossen auf Aufhebung der Ausnahmeordnung im Freistaate Bayern zur Verhandlung kommen wollten, beantragte der völksparteiliche Kahl Verweilung an den Rechtsausschuß ohne Debatte. Genosse Wittmann widersprach diesem Antrage, der eine Unloyalität sei. Wir verlangten Verhandlung über die bairischen Verhältnisse im Plenum. Als unsere Fraktion, um den Kahl'schen Antrag zu Fall zu bringen, den Saal verließ und so die Beschlußfähigkeit herbeizuführen wollte, heßte Kahl den Antrag auf namentliche Abstimmung. Viele bürgerlichen Herren können nämlich nicht begreifen, daß Abgeordnete um ihrer Uebereinstimmung willen die Tagesordnungen durch Fernbleiben von der namentlichen Abstimmung oszieren. Selbstverständlich blieb unsere Fraktion trotz des Verlustes der Tagesordnungen ansehnlich des Saales. Der Kahl'sche Antrag wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag steht auf der Tagesordnung vom Donnerstag. Das Verhalten des Abg. Kahl erregte auf der linken Seite große Mißbilligung und die verantwortlichen Führer der bürgerlichen Parteien haben sich sofort Mühe, das Verhalten Kahls abzuklären und sich bei den Sozialdemokraten zu entschuldigen.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittags 2 Uhr.

Vertagung des Reichstages am Freitag.

Berlin, 5. Juli.

Die Erledigung der Verbrauchsteuererläge in zweiter und dritter Lesung soll nach einer Vereinbarung unter den Parteien erst am Freitag stattfinden; wahrscheinlich wird er dann auch an diesem Tage bereits in die Ferien gehen.

Die wirklich Schuldigen.

Im Verlauf der letzten Mainzer Kriegsgerichtsverhandlungen, die zu einem Todesurteil gegen sieben Deutsche führten, soll u. a. festgestellt worden sein, daß die Beschuldigten von einem gewissen Dr. Franke-Augsburg, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, zu den verbrecherischen Taten aufgefordert sein sollen. In Wirklichkeit handelt es sich aber auch hier um einen maßgebenden Vertreter und Führer der Augsburger Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der es vorgezogen hat, junge unerfahrene Elemente für Geld und gute Worte in den Tod zu treiben, während er selber weit vom Schauplatz seine eigene Haut lieherte. Dieses Mitglied unserer sogenannten „nationalen Kreise“ ist Oberstadtmann bei der Stadterweiterung Augsburg. Während des Krieges hat er es ebenfalls nie sich verstanden, sich durch Eintritt in städtische Dienste als „unabhängig“ vom Brandstiftung zu drücken und im bombastischeren Unterhand der Heimat zu verbleiben. Mit dieser megalomane Kräfte hat sich nach dem Bankrott des alten Regimes gegen den „inneren Feind“, bald stellte er eine große Rolle in der Nationalsozialistischen Partei, wurde Gründer und Führer des Sturmtrupps und war bei allen Robeissakten dieser nationalen Heiden in eigener Person beteiligt. Sein Amt als Vorsitzender des Parteivollkomitees und des Schlichtungsausschusses mißbrauchte er zu einer Substanz, jedoch er nach Abschluß eines Disziplinerverfahrens von diesen Posten entfernt werden mußte. Ein Parteigänger und früherer Freund besichtigte ihn öffentlich und bei der Staatsanwaltschaft der Unterwerfung, weil er als Vorsitzender des Parteivollkomitees eine ihm gemiddere Parteitreiberei unterhalte, nachdem auf seine Veranlassung der Angeklagte zugunsten der nationalsozialistischen Parteihäufige einen Geldbetrag gekübelt hatte. Die Feststellungen vor dem Mainzer Kriegsgericht haben den Stadtrat in Augsburg veranlaßt, gegen Franke neuerdings eine Untersuchung einzuleiten.

SPD. Karlsruhe, 4. Juli.

Die Verkehrsbarriere zwischen den belagerten und unbesetzten Teilen des Offenburger und Reuler Gebietes wird ebenfalls streng durchgehört. An der Grenze sind Blockade angebracht, die schon die Annäherung an die Grenze mit schweren Strafen bedrohen. Mächtige Personen sollen mit lebenslänglicher Zwangsarbeit und weibliche Personen mit 10 Millionen Mark Geldstrafe bestraft werden.

SPD. Eisenfeld, 4. Juli. (Sig. Straß.)

Die Verhandlungen in London über den Verkehr in der englischen Botschaft, die der englische Vertreter in Köln er-

geregelt hatte, haben bis jetzt, wie die englische Kommission in Köln mitteilt, das Ergebnis gehabt, daß die Bewohner des englisch besetzten Gebietes, die im Besitze des englischen Stempels sind, mit dem unbesetzten Deutschland verkehren können. Das bedeutet praktisch die Durchbrechung der französischen Blockade. — Auf der Bahnstrecke Köln-Dieringhausen halten die Franzosen jeden Zug an. Es dürfen auch keine Leerzüge verkehren. Im Wuppertal ist für die Schwabebahn ein Pendelverkehr eingerichtet.

Die belgische Antwort auf den englischen Fragebogen.

Brüssel, 5. Juli.

Der Minister des Auswärtigen hat vorgestern den Vorkämpfer in London beauftragt, die belgische Antwort auf die englische Frageliste zu übergeben. In der Liste befinden sich die beiden Fragen: Was versteht Belgien unter der Beendigung des passiven Widerstandes und welche Form der Befehung soll an der Ruhr eingeführt werden, wenn dieser passive Widerstand aufhört?

Eine Antwort, die Belgien auf diese Frage gibt, ist gleichlautend mit der französischen. Unter der Beendigung des passiven Widerstandes versteht die belgische Regierung, daß die bekannten Vorschriften der deutschen Regierung an die Bevölkerung zurückgezogen werden und ebenso alle Bezahlungen aufhören, die gemacht wurden, um die Streikenden zu unterstützen. Außerdem soll die deutsche Regierung die Leute auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Ausfuhr von Produkten darf nicht verhindert werden. Die deutsche Regierung muß die notwendigen Maßnahmen nennen, um die Sicherheit der Belgier an der Ruhr zu gewährleisten. Wenn Deutschland formell sich dazu bereit findet, soll die Befehung eingeschränkt und die Zahl der Truppen auf die absolut notwendige belgische Stärke vermindert werden, die zur Sicherheit der belgischen Zivilbeamten an der Ruhr notwendig ist.

Die Absperrung des besetzten Gebietes.

Münster, 5. Juli.

Seitens der englischen Besatzung wird auf die französischen Kontrollstellen dahin gewirkt, daß Personen mit dem englischen Visum die Reise aus dem von England besetzten ins französische besetzte Gebiet gestattet wird. Zahlreiche Personen haben gestern bereits mit dem englischen Visum die Sperrlinie passieren können. Der Güter- und Lebensmittelverkehr ist auf den Kontrollstellen und im Sperrgebiet noch regelmäßig. Von gestern ab wurde auch den Bergarbeitern die Ein- und Ausreise über die Grenze zur Erreichung ihrer Arbeitsstellen verboten.

Die Lohnreform!

Eine Entschädigung des A. D. G. B.

Der Bundesauschuß des A. D. G. B. nahm in seiner Mittwoch-Sitzung zur Lohnfrage durch die Annahme folgender Resolution Stellung:

Die Entwertung der Papiermark ist seit der Befehung des Ruhrgebietes in so rapidem Maße erfolgt, daß die Anpassung der Löhne an die stetig sinkende Kaufkraft des Geldes noch weniger als zuvor Schritt zu halten vermag. Die Folge dieses Mißverhältnisses ist eine fortschreitende Verelendung der Lage der Arbeiter und ein Abbau der Substanz der Arbeitskraft, eine starke Schwächung der Konjunktur der breiten Massen der Bevölkerung und somit eine ernsthafte Gefährdung der deutschen Wirtschaft.

Der Ausschuß des A. D. G. B. hat eingehend alle Mittel und Wege zur rascheren Angleichung der Löhne an die Teuerung geprüft und empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Zahltag ist eine amtliche Maßzahl einzuführen, die eine wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Maßzahl muß wöchentlich festgestellt und möglichst kurz vor dem Lohnzahltag im ganzen Reich veröffentlicht werden. Als Tag der Veröffentlichung empfiehlt sich am besten der Mittwoch.

Die Anwendung der amtlichen Maßzahl auf die Erhöhung der Löhne während der Dauer der Lohnvereinbarungen ist möglichst durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angehörigen zu sichern. Für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesauschuß die sofortige Anwendung durch Gesetz und Verordnung.

Der Bundesauschuß ist nicht im Zweifel darüber, daß durch diese Maßnahme allein die unbedingt notwendige Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung der Arbeitnehmererschaft noch nicht zu erreichen ist. Diese ist aber unbedingt anzustreben auch im Interesse der Wiederherstellung der deutschen Arbeitskraft, die infolge der bisherigen Wirtschaftspolitik des Unternehmertums aufs äußerste gefährdet ist.

Der Bundesauschuß macht es deshalb den Gewerkschaften zur Pflicht, nicht nur jedes weitere Absinken der Löhne zu verhindern, sondern auch noch wie vor auf eine Erhöhung des Reallohnes hinzuwirken und die Kaufkraft der erlangenen Löhne zu sichern. Von der Regierung und von den bei Lohnfestsetzungen mitwirkenden Behörden und Schlichtungsinstanzen wird erwartet, daß sie den Gewerkschaften bei der Erfüllung dieser Aufgabe die notwendige Unterstützung leisten.

Ueber die Sabotageakte im Ruhrgebiet äußerte sich der gleiche Ausschuß durch nachfolgende Entschädigung:

Der Bundesauschuß verurteilt aufs schärfste die verbrecherischen Sabotageakte überaus nationalsozialistischer Kreise im Abwehrkampf gegen die rechtswidrig erfolgte Befehung des Ruhrgebietes. Er erklärt diese Handlungen für unvereinbar mit dem von der Arbeitererschaft unterstützten Abwehrkampf und fordert deshalb alle Gewerkschaftsmitglieder auf, diesen Sabotageakten mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Von der Reichsregierung fordert der Bundesauschuß, daß mit Nachdruck die Schuldigen ermittelt und zur Verantwortung nach bestem Recht gezogen werden.

Erneute Streitgefahr in Berlin.

Die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Berlin, legten am Dienstag abend auch den zweiten Schiedsspruch, der der Lohnklasse I in der Zeit vom 2. bis 8. Juli einen Stundenlohn von durchschnittlich 900 Mark zubilligte, ab. Eine Abstimmung innerhalb der Betriebe soll nunmehr über den endgültigen Beginn des Streiks beschloffen werden. Die Vorbereitungen zur Durchführung eines Ausstandes sind von der inwärtigen einseitigen Einseitigkeit in Verbindung mit der Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes bereits getroffen worden.

Am Mittwoch wurde in den Berliner Betrieben noch allgemein gearbeitet. Nur vereinzelt waren die Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen oder lösten passive Resistenzen. Der Reichsarbeitsminister versucht, auch die neue Streitgefahr zu beheben.

Der Herr Schwiegerohn.

Unter der Spitzmarke „Der Herr Schwiegerohn!“ veröffentlicht die Blätter der Rechte, die das Nationalgefühl in Erbpacht genommen haben, eine Mitteilung, nach der „Herr Henk, Scheibemanns Schwiegerohn,“ zu den Franzosen übergelaufen sei. Dieser Herr Henk war allerdings einmal, zum großen Schmerz unseres Genossen Scheibemann, dessen Schwiegerohn. Nachdem Henk aber bereits vollkommen entgleist aus dem Kriege zurückgekehrt war und schließlich sogar begonnen hatte, deutsch-nationale Vertrauensmänner und Redakteure mit „Material“ gegen die Sozialdemokratie zu verfolgen, verließ ihn seine Frau mit den Kindern. Die Ehe ist seit dem vorigen Jahre geschieden. Bevor dieser Ehrenmann also zu den Franzosen lief, war er Gemahlsmann nationalsozialistischer Blätter. Daraus ergibt sich, daß die Verwandtschaft Henks zu den sogenannten „nationalen Kreisen“ von längerer Dauer gewesen ist als zu unserem Genossen, der wie er uns mittelst, schon vor Monaten die Polizei und Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht hat, daß Henk aller Wahrscheinlichkeit nach in Essen mit den Franzosen Beziehungen unterhält.

Der nationalsozialistische Terror in München.

SPD. München, 4. Juli.

Die hakenkreuzlerischen Provokationen und nächtlichen Überfälle in München haben in der letzten Zeit derart überhand genommen, daß der Stadtrat eine Beschwerde an die Polizeidirektion einreichte und die Forderung erhob, Maßnahmen zu treffen, um die Mehrung der brutalen Überfälle zu verhindern und die Sicherung friedlicher Bürger mehr als bisher zu gewährleisten. Der Stadtrat ist bekanntlich für die Polizei nicht zuständig. Als er vor kurzem anlässlich einer geplanten Hitzeparade eine Warnung an die Bevölkerung erlassen wollte, sich nicht provozieren zu lassen, wurde der Plan von der Polizei vereitelt. Der Polizeipräsident drohte damals dem Bürgermeister, er werde durch seine Polizeimannschaften solche Anschläge sofort von den Plakatsäulen herunterreißen lassen, eine Tätigkeit, der sich ein Teil der Polizeimannschaften, die selbst aktiv zur Hitzeparade zählen, gewiß mit Freuden unternehmen hätten. Dieses Verhalten des Polizeipräsidenten veranlaßte den Stadtrat, die Beschwerde dem Landtag zuzuleiten, damit die von den Nationalsozialisten anlässlich des Turnfestes geplanten Provokationen und Einbrüche rechtzeitig unterbunden werden.

Oberst Bauer gegen das Deutschtum.

Und Ludendorff?

Die „Völkische Zeitung“ veröffentlicht nach der „Heilbronner Sonntagszeitung“ ein Schreiben des deutschösterreichischen österreichischen Generals Alfred Krauß, in dem dieser sich gegen das Treiben des in Wien lebenden kassischen Obersten Bauer wendet. Krauß wirft Bauer vor, er lasse sich in dem Bestreben, den „Bolschewismus“ niederzukämpfen, mit allen möglichen Mitteln des Deutschtums ein:

So hat er Bedingungen in Ungarn eingegangen und dafür in weiten Kreisen Deutschlands Stimmung für die Preisgabe des Burgenlandes an Ungarn gemacht. Er hat mit dem allgemein bekannten und berüchtigten englischen Spion Trebitz-Lincoln, einem ungarischen Juden, trotz aller Warnungen Freundschaft geschlossen und mit ihm gearbeitet. Er hat mit Mussolini, der jetzt seine Freundschaft für das deutsche Volk befristet, Beziehungen angeknüpft; er hat zusammen mit dem russischen General Biskupski versucht, mich in den Plan einer bairisch-österreichisch-ungarischen Union unter W. Lobsach mit Postjunge Süddeutschlands vom Reich mit ihr barren Eingehen auf die französischen Trennungspläne zu geraten, wozu eben Oesterreich auf das Burgenland verzichtet hat. 100 000 ferndeutsche Bayern der weiteren Madjarisierung ausliefern sollte — eine merkwürdige Betätigung deutscher völkischer Stimmung. Er geht nunmehr wieder in gleich phantastischer jeder realen Grundlage entbehrender Weise gegen den Bolschewismus „von der Dnieper bis zur Adria“ vor. Den Herrn Obersten Bauer muß ich aber, meinem Gewissen folgend, als den ich wahren Schädling des deutschen Volkes in Oesterreich bezeichnen. . . .

Auf die engen Beziehungen zwischen Bauer und Ludendorff weist der General Krauß selbst in seinen Ausführungen hin. Bauer war nicht nur während des Krieges Ludendorffs politischer Ratgeber im Großen Hauptquartier, er war nicht allein während des Kapp-Putsch Ludendorffs Exponent in der Reichskanzlei und im Reichswehrministerium, sondern er ist auch nach seiner Flucht Ludendorffs Vertrauensmann selbst zu diesen schweren Anlagen eines führenden österreichischen Gefinnungsgegnen gegen seinen Intimus Bauer? Eine klare Antwort darauf ist Ludendorff um so mehr schuldig, als die Rolle, die sein anderer Intimus Böhner in der Fuchs-Waldhaus-Werkführung gespielt hat, höchst verdächtig erscheint.

Fügt man diesen detaillierten Anschuldigungen noch die Tatsachen hinzu, daß die Leute um Ludendorff die besten Agitatoren für Boincare sind, dann wird man sich einen Begriff davon machen können, wie schädlich für die Interessen des Deutschtums das völkische Treiben dies- und jenseits der bairischen Grenze ist.

Hiller endlich inhaftiert.

Der frühere Oberleutnant der Reserve Hiller, der wegen Mißhandlung gegen untergeordnete Soldaten zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, verhielt, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, die Strafe seit dem 2. Juli 1923, also erst nachdem in der Presse wiederholt auf die sehr merkwürdige Tatsache hingewiesen wurde, daß der Brave noch immer in Freiheit herumlaufe.

Der Streik der Sondner Dodarbeiter.

London, 5. Juli.

Die Londoner Dodarbeiter sind gestern in den Streik getreten, durch den eine große Anzahl fremder Dampfer und Passagierschiffe im Londoner Hafen stillgelegt worden sind. Auf der Konferenz der Eisenbahner wurde gestern ebenfalls mit einem Streik gedroht wegen des Beschlusses, eine Lohnreduzierung der Werkstättenarbeiter vorzunehmen. Der Führer der Gewerkschaften befürwortete die Vermittlung eines unparteiischen Schiedsgerichts, in dem auch das Publikum vertreten sein soll. Die ausgedehnten Londoner Hafenanlagen lagen gestern fast vollkommen still.

Die Reichsverfassung verfolgt zwar den Grundsatz, daß keine Staatskirche besteht und überdies dar, daß die auf Geheißvertrag und besondere Rechtstitel beruhenden Staatsleistungen an die bestehenden Religionsgesellschaften nach Grundsätzen des Reiches abgelöst werden sollen.

Unter Führung von Deutschnationalen und Zentrum und unter Führung der übrigen bürgerlichen Parteien, versucht man vielmehr umgekehrt der Kirche jedes Recht auf Einwirkung in öffentlichen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege wie auf dem des Erziehungsweges zu sichern und durch außerordentliche Zuwendung von Mitteln der Kirche den größten Teil ihrer materiellen Sorgen abzunehmen.

Unter Führung der übrigen bürgerlichen Parteien, versucht man vielmehr umgekehrt der Kirche jedes Recht auf Einwirkung in öffentlichen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege wie auf dem des Erziehungsweges zu sichern und durch außerordentliche Zuwendung von Mitteln der Kirche den größten Teil ihrer materiellen Sorgen abzunehmen.

Aber schon jetzt müssen alle Freiheitlichdenkenden im Lande darüber aufgeklärt werden, mit welcher Unverschämtheit die bürgerlichen Parteien nicht nur dem Reiche die notwendigen Mittel vorenthalten, sondern diesem ausgepowerten Reichshaushalt sogar den größten Teil der Lasten ihrer Religionsgesellschaften aufbürden wollen.

Reiches zu bekommen, sondern sie sollen auch 2/3 ihrer Beamten- und Angestelltengehälter vom Reiche erhalt bekommen. Praktisch bedeutet das einfach, daß eine der vornehmsten Aufgaben der Kommune, die soziale Aufgabe, aus den Händen der Kommune entnommen werden soll, um wieder in die wenigstens öffentlich unkontrollierbaren recht verschiedenartigen Hände der privaten, kirchlichen und sonstigen Gesellschaften zurückgegeben zu werden.

Das Landessteuergesetz hätte ein Segen für Länder und Gemeinden werden können, in aber ist dieses Notgesetz mit dem Strandräubertum der Reaktion im bürgerlichen Lager belastet.

Dr. A. Löwentstein. M. d. N.

„Die Republik ist das Vaterland!“

Die Zustände in Deutschland werden immer gefährlicher. Der Dollar steigt, die Mark sinkt und die Lebensmittelpreise klettern ins Ungemessene.

Mit dieser Notlage und der aus ihr erwachenden Stimmung rechnen die Gewaltpolitiker von rechts. Zwar sind ihre Freunde daran Schuld, daß die „freie Wirtschaft“ triumphiert und dem arbeitenden Teil des Volkes immer neue Lasten auferlegt.

Auf die große Gefahr, die aus diesem Treiben zu erwachen droht, weist auch die „Germania“ in einem Artikel hin, der in einem entsetzlichen Bekenntnis zur Republik ausrastet.

Unsere rechtsradikalen Kreise verbinden außenpolitische Wünsche mit innerpolitischen Hoffnungen. Sie lehnen die heutige Staatsform ab und fühlen vielleicht mehr instinktiv als bewußt, daß ein für Deutschland glückliches Ende des Ruhrkampfes die Republik befestigen muß und

dann der Aufbruch gegen den heutigen Staat eine aussichtslose Sache ist. Der angeblich nationale Kampf der Deutschhölischen und der mit ihnen verflochtenen Geheimbünde für die Existenz Deutschlands ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Republik.

Diese Gefahr für das deutsche Volk und seine Republik wirkt auch in dem unheimlichen Treiben der Sprengkolonnen im Ruhrgebiet, über deren Herkunft und Umfassung man nicht genügend informiert ist.

Zweifellos ruhen die Forderungen gegen Schlageter, Goerges und neuerdings das Hebenhaide von Mainz um so mehr Empörung in Deutschland wahr, als sie ohne Notwendigkeit erfüllt wurden und vollstreckt werden.

Wermische Nachrichten.

Nationalistischer Mord. Wie aus Wien berichtet wird, wurde der 19jährige Friedrich Karger, dessen Leiche vor wenigen Tagen in einem Wäde bei Rersengerbad bei Wien gefunden wurde, von seinem gleichaltrigen Freund Rudolf Kowolot ermordet.

Verantwortlich: Für Inhalt und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit, Lübe und Jewelein: Hermann Bauer; für Inzerate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., familiär in Lübeck.

Devisen-Kurse.

Table with exchange rates for various cities like Amsterdam, Brüssel, London, Newyork, Paris, Zürich, Madrid, Wien, Prag, Budapest. Columns include city names, units (fl., Kr., etc.), and rates for different dates.

Drei Soldaten.

Roman von Jons des Pass:

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Gumbert.

39. Fortsetzung.

„Halt!“ kam eine Stimme. „Da ist ein Gefangener!“ rief Christfield noch lachend. „Nicht viel dran an deinem Gefangenen“, sagte der Mann und zeigte mit dem Bajonett auf den Deutschen.

Der warme Geruch des Essens stieg ihm aus dem Geschirr in die Nase. Christfield hand, fühlte sich warm und bedeutam, füllte den Mund mit weichen, fettigen Kartoffeln, während die anderen ihn ausfragten.

4. Teil.

Kapitel.

Am Begrande in einer der großen, teigfarbenen Hügel waren kleine, grüne Gröbche. John Andrews verließ auf einem Augenblick die langsam vorwärts marschierende Kolonne, um sich die Gröbche anzusehen.

nem Rücken zu erleichtern. Er konnte die kleinen, topasfarbenen Augen sehen. Es war ihm, als füllten sich seine Augen mit Tränen der Rührung über die kleinen, biegsamen Körper der Gröbche.

Ganz abweisend, als ob er überhaupt keine Verbindung mit allem habe, was um ihn herum vorging, hörte er das Knallen der beständigen Schrapnells unten an der Straße. Er hatte sich müde aufgerichtet und einen Schritt vorwärts getan, da laut er in die Höhe hinein. Ein Gefühl der Beirung kam über ihn.

John Andrews hand auf einer Leiter, die entleert & schwannte. Er wuch die Fenster der Baracken mit einem kleinen Schwamm. Er begann in der linken Ecke und ließ die kleinen, schiefen Scheiben eine nach der anderen ein.

Das Licht flammte drinnen hinter den Scheiben, die er methodisch eine nach der anderen einschiffte. Die Fenster waren Spiegel. In jeder Scheibe konnte er sein dünnes Gesicht sehen mit dem Schattens eines Gewehrlaufes auf dem Rücken.

„Nicht ein Mädchen im Herzen von Maryland, Es ist das Mädchen mein.“ John Andrews öffnete die Augen. Es war ganz dunkel. Nur eine Reihe schiefer, gelber Fenster glänzte hell.

Man konnte jetzt auch eine andere Stimme hören, knisternd, die zärtlich und ruhig sprach: „Un“ er sagte, man würde mich ganz hinunter in den Sieden bringen, da sei ein kleines Haus am Strand, so warm und so ruhig.“

Ämtlicher Teil

Bereinsregister.

Am 8. Juli 1923 ist eingetragen der Verein **Verband Preussischer Lotterie-Gewinnnehmer** in Schleswig-Holstein und Lübeck, Sitz Lübeck. (3745) **Ämtsgericht Lübeck.**

Pferdemarkt.

Der zweite diesjährige Pferdemarkt findet am 12. Juli 1923 in der **Waisen-Allée** statt. Für jedes Pferd ist ein Anbindegeld von 1000 Mk. zu entrichten. Pferde mit ansteckenden Krankheiten dürfen nicht an den Markt gebracht werden. Lübeck, den 30. Juni 1923. (3744) **Das Polizeiamt.**

Teerhof.

Die Gebühren und Lagermieten sind vom 5. d. Mts. ab weiter erhöht worden. (3752) **Lübeck, 5. Juli 1923. Die Finanzbehörde.**

Kraftfahrzeuge.

Steuerkarten für Kraftfahrzeuge, deren Gültigkeitsdauer am 30. Juni 1923 abgelaufen ist, sind frühestens bis zum 12. Juli 1923 bei dem hiesigen Finanzamt, Zimmer 23, unter Vorlage der alten Steuerkarte und Zulassungsbescheinigung zu erneuern. Soll ein Kraftfahrzeug nach Ablauf der Gültigkeitsdauer nicht mehr benutzt werden, so ist dies umgehend anzuzeigen. Die Nichtbefolgung der Anordnung hat außer der Einleitung des Strafverfahrens die Einziehung der Zulassungsbescheinigung und des polizeilichen Kennzeichens zur Folge. (3753) **Lübeck, den 4. Juli 1923. Das Finanzamt.**

Nichtamtlicher Teil

Gesucht ein jugendlicher Arbeiter nach dem Lande in der Nähe von Grevesmühlen. (3757) **Mh. Glorinstr. 5a pt.**

Ein Canijunge aus der Schulzeit (3768) **Otto Baake, Breite Straße 70.**

Zu verfn. eintr. Gießschranke, Wringmaschine, Spinnlätzeisen (3755) **Glodengießerstr. 31 1.**

Grube und Treppe zu verkaufen. (3761) **Schmiedstr. 44.**

Hübsche Hunde zu verkaufen. (3756) **Sindenstr. 17 a II.**

Schirm gefunden in Stadtmünde. (3767) **Mesnikoff, Lübeck La. Vorberg 35. Hof.**

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte **Rau-
haus** für (3740)
Arbeiter-Garderoben,
Berufskleidung,
Herren-Konfektion,
Knaben-Konfektion,
Erstkl. Manufakturwaren.

künstliche **Gebisse.**
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Tollereve
92 König-
straße 92
kostenlos
Auskunft.

**la. Breklorff
u. H. Kots**
empfehl (3769)

Wilh. Süfke,
Schwarzwauer Allee 46a.
Tel. 8922.

la. Gredekots
Adolf Bergfeld.

Freitag u. Sonnabend:
la. Züllenfleisch

ff. Geflügel und
Knechtwurst
Fr. Kollmann
3764 Reiterstraße 8.

Prima Kernleder-Sohlen.

26 Beckergrube 26. (3742)

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 22. März 1923 werden wir in Zukunft nur noch (3746)

Ueberweisungsaufträge

von je 3 Millionen Mark an, die uns bis spätestens 10 Uhr vormittags durch **gesonderte** Aufgabe schriftl. erteilt worden sind, am gleichen Tage ausführen, während alle übrigen Ueberweisungsaufträge, um einen Werktag nach Eingang des Auftrages Erledigung zu finden, bis spätestens 11 Uhr vormittags in unserem Besitze sein müssen.

An **Kostenbeitrag** für jede Ueberweisung nach auswärts werden wir, veranlaßt durch die Gebührenerhöhung der Reichsbank, von jetzt ab **Mk. 250.—** berechnen.

Lübeck, im Juli 1923.

Bank für Handel und Gewerbe e.G.m.b.H.
Commerz-Bank in Lübeck

Commerz- und Privat-Bank Akt.-Ges.
Filiale Lübeck

Darmstädter und Nationalbank
Filiale Lübeck

Direktion der Diskonto-Gesellschaft
Filiale Lübeck

Dresdner Bank Filiale Lübeck
Alfons Frank & Co.

Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
Landbank Lübeck e. G. m. b. H.

Lübecker Privatbank

Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck
Vorschub- u. Spar-Vereins-Bank in Lübeck
Louis Wolff Commandit-Gesellschaft.

Schuhwaren

aller Arten
kaufen Sie gut und billig nur bei
J. Engelmann, Wischstr. 31.

**Mehrere Waggons
la.**

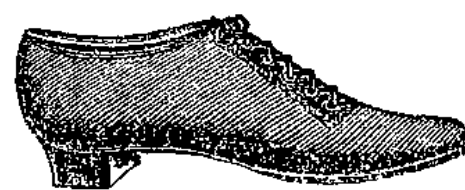
alle Kartoffeln

empfehl (3768)
Wilh. Süfke,
Schwarzwauer Allee 46 a
Tel. 8922.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (3741)

Otto Albers
Markt 4 Kchl. 10

Bierbier.
Freitag von 4-6 Uhr.
3753) Brauerei Wilken
Engelswisch und
Arminstr. 21 a.



Was mält sich dort in dichten Massen und ringt sich schritt-
weit' vor, bis endlich erkämpft ist Balauerfohr? Alles
stürmt in **Nr. 17** hinein. Vorbei ist mit der Ruh. Man
verlangt die feinsten Herren-, Damen-, Kinder- und

starken Arbeitsschuh.

Der **Schuhkommandant O. Schröder**, ein
steinalter, mit Moos bewachsener, in Pulverdampf und mit Gas
ausgeräucherter Krieger von anno 14-18 ergibt sich. Seine
werte Kundschaft wird gut, reell bedient und ist ihm

3, 4 + 4.

3769

streichfertig **Farben, Lacke,**
u. trocken, **Firnis, Leinöl, Teer,**
Carbolinum, Zement u. Kalk
fauft man preiswert und gut im (3747)
Drogenhaus Marli,
Hans Hornmann .. Marlistr. 21c.

Sehr preiswert!

Damen-Wintermäntel, Daftisch, u.
Kinder-Wintermäntel noch sehr
billig. Damen- u. Kinder-Sommer-
kleider. 1 Posten Herren-Anzüge
in mäßigen Preisen.
Kaufhaus

Franz Wehrendt
Balauerfohr 35. (3765)

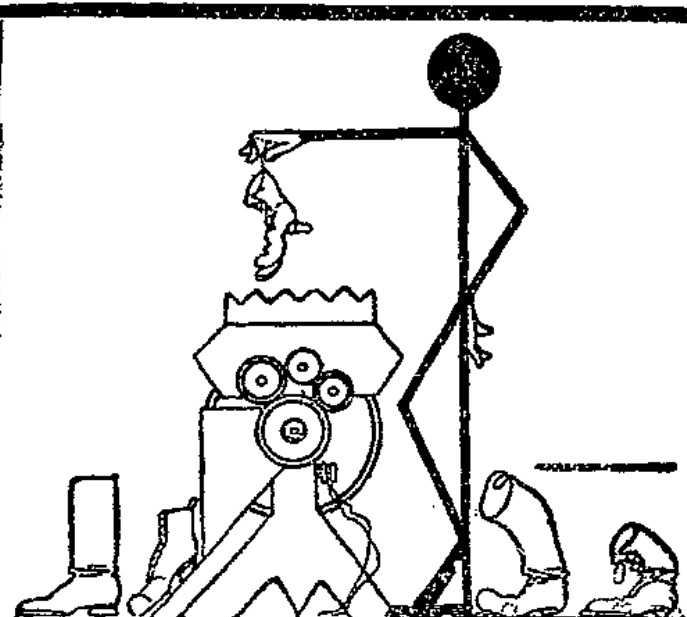
Sie finden

bei (3743)
Walter Griephan & Co.
Huxstr. 74

enorm billig:
Betthezugstoffe, Inletts, Hemdentuche,
Schürzenstoffe, Kleiderstoffe,
Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert
und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.



**Reform-
Schuhwaren-Reparatur
und Flepperei**
mit separatem Warteraum.
Spezialität:
Gummisohlen und Abzüge.
Robert Jenken
Hägstraße (1897a)

50
Fernspr. 2873. Fernspr. 2873.

Süßenluft. Jeden
Freitag u. Sonntag
Mittwoch **Tanzkränzchen**

Reuterkrug
neben dem Hansatheater.
Guter bürgerlicher Mittagstisch
(auch im Abonnement).
Reichhalt. Abendkarte.
Täglich die beliebten
Bär-Koch-Konzerte.
Die Veranda bietet an den heißen Tagen einen
angenehmen Aufenthalt. Vorzüglich temperierte
Biere der Aktien-Bierbrauerei. Täglich irisches
Gebäck, diverse Eisspeisen. (3764)

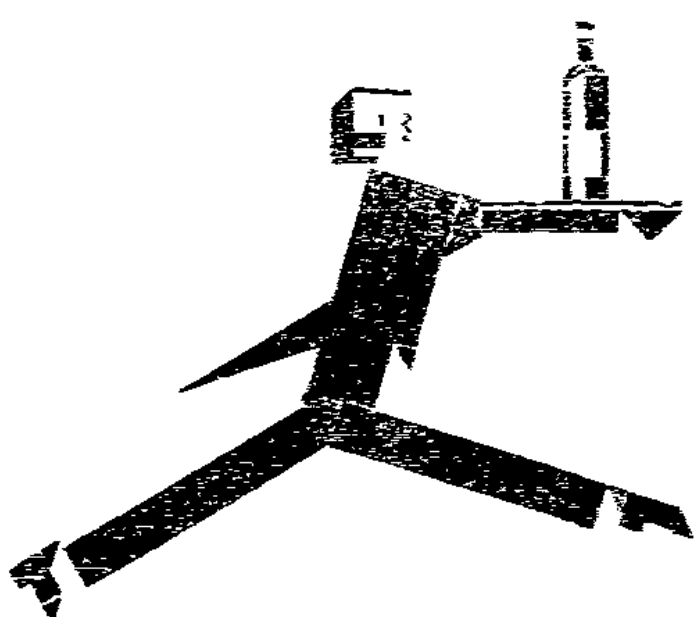
Stotfeltdorf.
Auf zum
Gewerkschaftsfest
am Sonntag, d. 8. Juli
im Gemeindepark
von Stotfeltdorf.
Abmarsch des Fest-
zuges 2 Uhr mittags von
O. Diedrichsen. (3736)
Die Gewerkschaften von
Lübeck und Umgegend
sind herzlich eingeladen.
Das Komitee.

**Lichtspiel-Theater
Brauerei Fackenburg**
Vorstellung
Freitag, den 6. Juli
u. Sonnabend, 7. Juli
abends 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.
Für gute u. helle Silber
wird gesorgt. 3748

Hansa-Theater.
Nur noch **2** Aufführungen
Donnerstag und Freitag
8 Uhr: (3735)
**Bummel-
studenten.**
mit Emil von Dollen als
Herrn Pfannenschmidt.
Sonnabend, 8 Uhr:
„Im weißen Rössl“
Rechtsanwalt Siedler
Emil von Dollen.

Wir haben in unserer
Buchhandlung und Ge-
schäftsstelle ein großes
Koenigs Kursbuch
für Mittel-, Nord- und
Westdeutschland zum all-
gemeinen Gebrauch aus-
gelegt. Jeder, der eine
Reise machen will und
den Fahrplan nicht kennt,
hat nunmehr Gelegenheit,
Wägen, Anschlüsse und
Ankunft im Kursbuch

73 Glodengießerstraße 73,
die beste Absatzquelle für
**Eumpen, Eisen, Metalle,
Papier, Alfen usw.**
Sehr günstig für Händler, Schlosser, Klempner
und Schmiede. (3547)
Scheuermann, Tel. 8293.



Wein-u. Speisekarten

für Hotels und Restaurants vorrätig
und in jeder Stückzahl zu haben.

Buchhandlung Lübecker Volksbote, Johannisstraße 46.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 5. Juli.

Unsere erste Pflicht

Zum zweiten Male seit der Revolution regiert eine rein bürgerliche Regierung die Deutsche Republik. Immer mehr muß jedem einzelnen zum Bewußtsein kommen, daß rein bürgerliche Regierungen mit Hochmilitarismus der arbeitenden Bevölkerung keine wirtschaftlichen Erleichterungen zu bringen vermögen, ja nicht einmal willens sind, die politische Gleichberechtigung und die Sicherung der Republik als Grundbedingung für ihre Regierungstätigkeit zu lassen. Die Geheimorganisationen und vaterländischen Verbände schließen unter der Regierung Cuno wie Pilze aus der Erde. Die der Republik vorenthaltenen Steuererlöse des Großkapitals dienen zur Finanzierung der Geheimorganisationen, um als Totengräber der Republik wirken zu können. Großindustrie, Großagrarier und Großkapital schließen sich immer mehr zusammen, um ihre wirtschaftliche Macht zu festigen, um durch die wirtschaftliche Macht die demokratischen Rechte im republikanischen Deutschland null und nichtig werden zu lassen. In keiner Zeit hat die deutsche Arbeiterklasse so leiden müssen, als unter der bürgerlichen Regierung Cuno-Becker mit ihren diskontinuierlichen Hochmilitaristen. Das gegenwärtig übervolle Maß von Hunger und Elend wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Arbeiterschaft wie vor dem Kriege einig und geschlossen dagestanden hätte und wenn am 6. Juni 1920 alle Lohn- und Gehaltsempfänger von ihrem Wahlrecht vollen Gebrauch gemacht hätten, um der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, dann wären die Regierungen Feinbrot-Simon, Cuno-Becker und aller Vorwärtigkeit noch auch das Nachbarnfeuer mit seinen schweren wirtschaftlichen Folgen zu vermeiden gewesen. Jetzt gilt es, aus den Fehlern zu lernen und offenen Auges die der Arbeiterschaft und der Republik drohenden Gefahren zu erkennen. Der Kampf tobt. Wir befinden uns bereits mitten in der Abwehr. Genossen und Genossinnen! Stützt und stärkt die Abwehrfront, stützt neue Kämpfer und Kämpferinnen der Partei zu, sorgt für Aufklärung und Verbreitung unserer Presse, das Werkzeug der Arbeiterschaft. Bleibt fest und folgt in Eurer Begeisterung keinen wilden Parolen. Keine Einzelaktionen, sondern gemeinsamer Kampf in einheitlicher Front ist unsere Parole! Sorgt für Munition und gewährt der Partei die Mittel, die der Kampf erfordert. Stärkt die Reihen. Ohne Opfer kein Sieg!

Sozialdemokratischer Verein. Die nächste Mitgliederversammlung findet umständlich erst am kommenden Donnerstag, dem 12. Juli, statt.

Achtung baugewerbliche Arbeiter. Wegen Lohnunterschieden sind heute morgen die Glasergehilfen in den Streit getreten. Sämtliche Glasergehilfen sind somit gesperrt. Wir erwarten die Solidarität aller verwandten Berufe.

Der Baugewerksbund. J. A. Kleinfeld.

Ein zweiter Sonderzug nach Ostpreußen. Der Sonderzug nach Königsberg ist ausverkauft. Die Bahndirektion hat auf Antrag zugesagt, einen zweiten Sonderzug am Mittwoch, 18. Juli, bei genügender Beteiligung unter denselben Bedingungen fahren zu lassen. Anmeldungen zu diesem Zuge sind bis 10. Juli der Geschäftsstelle des Bundes für Ost- und Westpreußen und Posen in Hamburg 5, bei der Hauptfeuerwache 2, II. (Berlinerhof) einzureichen.

Fahrtpreise auf der Nordsee und Ostsee. Die Dampferfahrpreise der Seebücherei auf der Nordsee und Ostsee betragen vom 1. Juli ab: Hamburg—Rughaven 48 000 Mark (Sonntag: Hin- und Rückfahrt) 50 000 Mark; Rughaven—Helgoland 70 000 Mark (Sonntag: Hin- und Rückfahrt) 100 000 Mark; Hamburg—Helgoland 115 000 Mark (150 000 Mark); Hamburg—Helgoland—Korbornen 188 000 Mark; Rughaven—Nordernen 140 000 Mark; Rughaven—Helgoland—Bremerhaven 120 000 Mark; Stettin—Swinemünde 15 000 Mark; Stettin—Rügen 50 000 Mark; Swinemünde—Rügen 40 000 Mark; Swinemünde—Wismar 75 000 Mark; Swinemünde—Zoppot (Danzig) 75 000 Mark und Zoppot—Wismar 50 000 Mark.

Deffentliche Bücherhalle. Die Bücherausgabe wird vom 9. bis 21. Juli für Renissionszwecke geschlossen. Die Leser werden gebeten, nach Möglichkeit ihre Bücher zurückzugeben. Am Freitag und Samstag dieser Woche werden keine Bücher mehr ausgegeben. Die Zweigstelle St. Lorenz wird vom 7. bis 18., die Zweigstelle St. Gertrud vom 10. bis 20. Juli geschlossen.

Der Mord in den Brandenbaumer Tannen.

Auf der Spur des Täters.

Wie berichtet, ist am 1. Juni abends, in den Brandenbaumer Tannen die Leiche eines ermordeten und beraubten Mannes vorgefunden, über dessen Persönlichkeit völliges Dunkel schwebte, weil keinerlei Identifikationspapiere in seinem Besitze gefunden wurden. Aber auch über den Täter war nichts in Erfahrung zu bringen und es schien fast, als wenn die räthselhafte Tat ungesühnt bleiben würde, bis es nunmehr gelang, einiges Licht in die Sache zu bringen. Festgestellt wurde, daß am 9. Juni der Schmied Robert Klimachewski aus Neuborf (Kreis Kreuzburg) auf der Chaussee von Lübeck nach Wismar einen Reisegenossen getroffen hatte, der sich mit Vornamen Paul nannte und vom Beruf Stellmacher sein wollte. Dieser Reisegenosse trug eine gelbe Sportmütze, hellbraunen Anzug, war aber im übrigen fähig gekleidet, vor allem war der rechte Absatz seiner völlig durchlaufenen Stiefel abgeriffen, der mit einem Band zusammengebunden war. In Kröplin angekommen, fanden beide die dortige Herberge nötig beiseit. Sie mußten sich daher abdanklos melden und verbrachten die Nacht in einem dazu hergerichteten Raum bei der Polizeiverwaltung. Während der Nacht schien der Stellmacher von bösen Träumen geplagt zu sein, denn er phantasierte von einem Verbrechen, was ihn den Kopf kosten würde. Als der Schmied Klimachewski am nächsten Morgen seinen Reisegenossen Paul über dessen Phantasien ausfragte, erzählte Paul, er wäre vor mehreren Tagen in der Herberge zur Heimat in Lübeck mit einem Manne bekannt geworden, mit dem er zusammen von Lübeck abwandern wollte. Bei einem Gehölze angekommen, wäre er mit seinem neuen Reisegenossen wegen des Ankaufs des Wäfers, den sein Reisegenosse trug, in Streit geraten. Im Verlaufe des Streites habe er seinen neuen Reisegenossen mit einem Knüttel erschlagen und sich des Überlebigen ohne Bezahlung bemächtigt. Als dann auf der weiteren Wanderung der Stellmacher Paul von dem Schmied Klimachewski erfahren habe, daß er 40 000 Mark im Besitze habe, hat der Stellmacher Paul auch diesen unter Bedrohung mit einem Revolver und einem Messer zur Herausgabe seiner Bauschaft, seiner Uhr und seiner Stiefel gezwungen und ist, obwohl er bald nachfolgt wurde, mit seinem Raube entkommen.

Wie nunmehr bei der Polizeiverwaltung in Kröplin in Mecklenburg festgestellt ist, hat sich dort in der Nacht zum 9. Juni außer dem Schmied Robert Klimachewski aus Neuborf der Stellmacher Paul Günzel, geb. am 12. 4. 1886 in Ketschnig bei Breslau, abdanklos gemeldet.

Der Stellmacher Paul Günzel steht daher in dem dringenden Verdacht, den hier begangenen Raubmord ausgeführt zu haben, bei dem er zum mindesten den Mörder des von ihm Erschlagenen an sich genommen hat. Der Verdächtige wird als ein Mann von 170 bis 172 Zentimeter Größe, von schlanker Gestalt, mit hagerem, hartholtem Gesicht geschilbert, dessen nunmehrige Festnahme nur eine Frage der Zeit sein wird.

Auf dem Hochofenwerk

Ist seit Mittwoch vormittag ein Streik ausgebrochen. Infolge der rasenden Teuerung haben die Arbeiter eine 175prozentige Erhöhung ihres Lohnes gefordert. Die Direktion bewilligte aber nur 80 Proz. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsanschlusses billigte den Arbeitern 93 Proz. zu, wonach der Stundenlohn 10500 Mark betragen würde. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Heute finden neue Verhandlungen statt, deren Ergebnis uns zur Stunde unbekannt ist.

Lübecker Teuerungszahl.

Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes beträgt die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) am 4. Juli d. J. 17 525 (1913/14 = 1) gegenüber 13 497 in der Vorwoche und 8839 im Juni. Die Ziffer zeigt hiernach ein weiteres starkes Ansteigen; sie ist in der Woche vom 27. Juni bis 4. Juli um 29,8 Prozent in die Höhe gegangen und steht 98,2 Prozent über dem Durchschnitt des Vormonats. Die Teuerungszahl für die genannten Lebensbedürfnisse berechnet sich für Anfang Juli auf 1 411 118 Mt.

Der Teuerungs-Index für Juni.

Das Emporsteigen der Lebensmittelpreise. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im Durchschnitt des Monats Juni auf 7650 (1913/14 = 1), gegenüber 3816 im Mai. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 100,5 Prozent. Die Indexziffer ohne die Bekleidung beträgt 6979, die Steigerung gegenüber Mai 98,2 Prozent. Die Ernährungskosten allein sind um 102,3 Prozent auf das 9347fache, die Bekleidungskosten um 109,6 Prozent auf das 11995fache der Vorjahreszeit gestiegen. Diese Zahlen sind im wesentlichen infolge der sprunghaften Preissteigerungen sämtlicher Lebensbedürfnisse wesentlich überholt. Am 20. Juni war die Gesamtindexziffer auf 9272 gestiegen; am 27. Juni, dem Mittwoch der letzten Juniwoche auf 11 790.

Erkenne Deine Macht!

In der gegenwärtig besonders schweren Zeit der systematischen Ueberverleumdung, Bewässerung, Unterdrückung und Verelendung der gesamten Hand- und Kopfarbeiterklasse ist es unverzeihlicher Verrat an der gemeinsamen Sache des Proletariats, irgend eine bürgerliche Zeitung im Hause zu dulden. Wer der widerlichen Hege der Kapitalistenpresse und ihrer Soldatenteile nach entgegenzutreten will, muß eine sozialdemokratische Zeitung haben. Unerkennbar für die Sache des Volkes und gegen die offene und geheime Sozialistenpresse kämpft nur der

Lübecker Volksbote.

Die Regelung des Verkehrs mit Metallen.

Zu den Gesetzen über den Verkehr mit unedlen und Edelmetallen, Eisenblechen und Perlen sind, nach einer Meldung der Telegraphen-Union, nunmehr Ausführungsbestimmungen erlassen worden, die für Händler und Auskäufer von schwerwiegender Bedeutung sind.

Zunächst soll eine Beschränkung der Geschäftszeit auf bestimmte Stunden verhindern, daß geschloßenes Metall noch an demselben Tage verkauft werden kann, wodurch die polizeilichen Recherchen erheblich erschwert wurden.

Der Geschäftsbetrieb kann auch auf einzelne Metalle beschränkt werden.

Ferner soll eine genaue Bezeichnung der Geschäftsräume verhindern, daß ohne behördliche Genehmigung Zweiggeschäfte eingerichtet werden. Der Betrieb des Handels in Gast- oder Schankwirtschaften ist untersagt.

Weiter ist eine Betriebskontrolle durch die Polizei vorgesehen, bei der jedoch jede nur mögliche Rücksicht auf die Inhaber angewandt werden soll. Sie darf nicht in Gegenwart Dritter, insbesondere der Kundenschaft, und soll künftighin nicht durch uniformierte Beamte ausgeführt werden. Die Vorlage der Geschäftsbücher darf nur in dringlichen Fällen angeordnet werden. Vor allem aber ist im Gegensatz zu den bisherigen Bestimmungen den Händlern und Auskäufern jede Reklame verboten.

Schwurgericht.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde am Mittwoch wiederum ein Fall von Abtreibung verhandelt, an dessen Folgen leider ein junges blühendes Menschenleben zugrunde gegangen ist. Angeklagt ist die Ehefrau Bode aus Hamburg, die der sechzehnjährigen unversicherten Arbeiterin Clara W. im Februar und März dieses Jahres gegen Entgelt, also gewerbetreibend, Mittel zur Abtreibung ihrer Leibesfrucht beigebracht und bei ihr angewandt haben soll, wodurch fahrlässig der Tod des jungen Mädchens verursacht wurde. Die Angeklagte stellt die ihr zur Last gelegten strafbaren Handlungen entsehieden in Abrede, auch will sie den Betrag einer Clara W. in Hamburg niemals erhalten haben. Da die Hauptzeugin nicht mehr sprechen kann, stützt sich die Anklage gegen Frau B. in der Hauptsache auf das Geständnis, das die Verstorbenen während ihrer Krankheit ihrer älteren Schwester gemacht hat, und auf eine in der Handtasche der Verstorbenen vorgefundene Karte mit dem gedruckten Namen und der Adresse der Angeklagten. Die Geschworenen sehen die Beweise annehmend als ungenügend an und verneinen sämtliche Schuldfragen. Die Angeklagte wird darauf freigesprochen.

Am Nachmittag wird gleichfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit das Arbeiter K. aus Schwartau verhandelt, der im Mai d. J. den 18 Jahre alte Dienstmädchen Sch. angefallen hat. Die Geschworenen erkennen im vorliegenden Falle auf verurteilende Verurteilung. Das Gericht verurteilt den Angeklagten darauf zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten (der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt). Neben den Antrag der Staatsanwaltschaft und des Verteidigers, den Angeklagten in Anbetracht seiner Familienverhältnisse — seine Frau erwartet im Herbst ihr viertes Kind — mit einem Strafausschub von 5 Jahren und gegen Zahlung einer Geldbuße bedingt zu begnadigen, wird das Gericht später beschließen. Es will zuvor Erkundigungen über das Einkommen des K. einziehen, das dieser auf Befragen offenheitsmäßig nicht genau angibt. — Die weiteren Verhandlungen werden am Montag, den 9. Juli, verlagt.

Zum Fall Bode ein paar kurze Bemerkungen: Frau Bode, mit dem heutigen Tage wieder frei, wird nun vermutlich nach Hamburg heimkehren und das würdige Gewerbe der Heiratsvermittlung von neuem beginnen. Sie wird sich vermutlich auch wieder ihrem alten, anheimelnd recht lohnenden „Nebenberuf“ (so sagt sie) widmen, der darin besteht, „Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft“ zu vertreiben und „diskreten Rat bei allen Frauenleiden“ erteilen. Sie wird wahrscheinlich auch die neuen „Geschäftsarten“ noch wirkungsvoller abfassen. Der Druck macht sich bezahlt. Also wird Frau B. nun wieder am Vertrauen werden, um den guten Glauben junger Mädchen und Frauen mit einem Rückgehe, ganz ähnlich dem, das man in der Handtasche der sechzehnjährigen Clara W. vorfand, deren früherer Tod durch den gewissenlosen Eingriff herbeigeführt wurde. ... Frau Bode, Heiratsvermittlerin, Schwangerschaftsverhüterin und „diskrete Ratgeberin im Nebenberuf“, mußte freigesprochen werden, da die Geschworenen die Schuldfrage verneinten.

Am Montag gestand die Arbeiterfrau K. ein, einer anderen Arbeiterfrau, die schnell aufeinander vier Kinder geboren hatte, und sich gleich nach der Geburt des letzten Kindes wieder schwanger fühlte (ob sie es auch wirklich war, ist durchaus nicht erwiesen), die Mittel zur Abtreibung beigebracht zu haben. Sie gestand auch ein, später, als ihr Mann arbeitslos war, von Frau W. tausend Mark angenommen zu haben, womit diese sie aber keineswegs bezahlt haben will. Immerhin, sie hat das Geld genommen. Und wenn sie auch keinen „Nebenberuf“ hat, nicht einmal einen, um den es sich verlohnte, „Geschäftsarten“ zu schreiben, geschweige denn zu drucken, sie ist in diesem Falle „gegen Entgelt“ tätig gewesen. So erkannten die Geschworenen. Und das Gericht muß nachdem die Herren Geschworenen hier ein „Gewerbe“ erkannt haben, auf die gesetzliche Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus erkennen.

Die verstorbene Clara W. hat ihrer „weisen Ratgeberin“ noch und nach etwa 50 000 Mark während der Behandlung herbeischleppen müssen. Diese edle Menschenfreundin hatte ein Gewerbe. Und verlor ihr Gewerbe. Frau K. hatte keins. Und darum verstand sie sich auch nicht darauf. Sie legte ein Geständnis ab. Darum soll sie für ihre zweifelhafte Schuld ins Zuchthaus. — — —

Die gesetzlichen Vorschriften über das Öffnen von Schlössern durch Schlosser sind in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, oder werden zum mindesten im Alltagsleben sehr häufig außer acht gelassen. § 369, Abs. 1 des Reichsstrafgesetzbuches bedroht nämlich mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mt. oder mit Haft bis zu vier Wochen Schlosser, die ohne obrigkeitliche Anweisung oder ohne Genehmigung des Inhabers einer Wohnung Schlüssel zu Zimmer oder Behältnissen in der letzteren anfertigen oder Schlüssel an denselben öffnen, ohne Genehmigung des Hausbesizers oder seines Stellvertreters einen Hausschlüssel anfertigen, oder ohne Erlaubnis der Polizeibehörde Nachschlüssel oder Dietriche heranzuführen. Der betreffende Schlosser kann ferner zivilrechtlich wegen des durch die Öffnung u. m. entstandenen Schadens in Anspruch genommen werden und sich dabei von der Verantwortung und Haftpflicht für seine Arbeitnehmer nur befreien, wenn er nachweist, daß diesen das Verbot bekannt war und sie die Öffnung u. m. trotzdem vorgenommen haben. Den betreffenden Gewerbetreibenden ist also äußerste Vorsicht anzuraten.

pb. Festgenommen wurde ein vorbestrafter Monteur aus Travemünde, der einen Dame, mit der er verkehrt hatte, 200 000 Mark gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ein Seemann aus Apenrade, der einer in der Marlesgrube wohnhaften Frau diverse Schmuckstücke und Wäsche von namhaftem Wert gestohlen hatte.

pb. Berniht wird seit dem 28. vor Monats der 10jährige Schüler Heinz Deters aus seiner Curtiusstraße 15 belegenen Wohnung. Er ist 1,10 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen, blaue Gesichtsfarbe. Bekleidet war er mit blauem Anzug ohne Kopfbedeckung. Angenommen wird, daß er aus Furcht vor Strafe fortgelaufen ist. Ausgeschlossen ist aber auch nicht, daß er vertunglückt. Personen, die über den Aufenthalt des Vermissten Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Fahndienstfall. In der Nacht zum 25. Juni ist hier ein Fahndienstfall ausgeführt worden, bei dem den Dieben eine große Menge braune, dunkel- und hellblaue, grüne und weinfarbige Kleiderstücke in die Hände gefallen sind. Die Täter scheinen übermäßig und geschäftig zu sein, denn es wurden in der Nähe zwei Säcke mit Stoffen gefunden, von denen der eine Sack die Nachbarn l. B. trägt.

pb. Diebstahl. In der Nacht zum Sonntag ist einer hier wohnhaften Dame, als sie von Hamburg kommend, auf dem Bahnhöf eintraf, eine schwarze Lederhandtasche abhandlungsgelommen, in der sich ein Auszahlungsbuch, lautend auf den Namen „Bertha Merck“ 215 Mhd. Kronen, 2 800 000 Mark hares deutsches Geld, 15 Aluminium 200-Markstücke, 2 Brillantringe mit je einem Brillanten, ein goldener Ring mit dunkelblauem Stein, eine silberne Halskette mit zwei goldener Anhängern mit Brillanten, eine silberne Vornette, ein gläserner Klemmer und ein Bergkristallglas befanden. — Einem in der Pfefferstraße wohnhaften Messerschmidt wurden mittels Einschlagens einer Fensterhebe 6 Brillanten, sowie zwei Trommelrevolver im Gesamtwerte von 4 1/2 Millionen Mark gestohlen. — In den letzten Tagen sind wiederum mehrere Fahrräder gestohlen worden, und zwar handelt es sich um die Marken „Komet“, „Victoria“, „Griade“, und ein Fahrrad englischer Marke. Ein Fahrraddieb, ein Schlosser aus Harburg konnte ermittelt und festgenommen werden, als er gerade im Begriffe stand, ein Fahrrad in der Braunstraße zu stehlen. — Einem in der Einzellage wohnhaften Ehepaar ist aus ihrer Wohnung eine auffallend große, wildlederne Handtasche gestohlen worden. In der Tasche befanden sich außer den üblichen Toilettegegenständen ein grauer Taubentanzschein, mehrere alte 20-Markstücke und eine goldene Damenuhr mit Doppelbrezel. — Einem in der Holtenstraße wohnhaften Gastwirt sind zwei Kammere, silberne Schlüssel gestohlen worden. — Eine Anzahl Kleiderstücke, die sich eingewaschen in einem Boot in einer Backstraße der Goystraße befanden, sind in der Nacht vom Samstag zum Sonntag gestohlen worden.

Badecanal Falkendamm. Die Wasserwärme beträgt heute früh 11 Uhr 19 Grad, die Luftwärme 24 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Monatsprogramm. Sonntag, den 8. Juli: Nachmittagskonzert...

Abteilung Gewerkschaften des V. D. G. B., A. D. B. Betriebsräte, Betriebsobleute, Vorkaufleute, gewerkschaftliche...

Sania-Theater. Nur noch Donnerstag und Freitag: 'Am weissen...

Angrenzende Gebiete.

Harburg. Die Erschließung der Elbinsel Wilhelmshafen. Der preussische Landtag nahm die Vorlage wegen...

D. Oberburg. Zur Regierungsbildung. Der nord drei Wochen neuernannte oberburgische Landtag wird am...

Gewerkschaften.

Verpflichtende Löhne schon vorhanden. Während die in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Eisen-Unternehmer sich nach...

Allerlei Wissenswertes.

Ausstrahlung der Sonne für die Menschheit. Der Gedanke, die Sonnenstrahlen für die Technik zu verwenden ist wohl über die...

mittlungen über die Lebenshaltungskosten gemacht. Diese Ermittlungen dienen als Grundlage für die Festsetzung der Löhne...

Neue Bücher.

Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des 'Lübener Volksbundes' zu beziehen. K. Korolentz: Der seltsame Mensch...

Die deutsche Jugendbewegung als kulturhistorisches Phänomen. Von Dr. Viktor Engelhardt. Arbeiterjugend-Verlag...

dritter Stufe der Entwicklung endlich vereinigen sich die Erfahrungen der Revolution und Reaktionsperiode zu neuem Aufbau im...

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Der kleine Wohnungsbau.

Zurzeit werden an verschiedenen Stellen, so an der Gärtner-gasse, Wohnhäuser am Sinaat errichtet, höchstwahrscheinlich...

Briefkasten.

D. A. Ihre Miete für ein Vierteljahr beträgt 14 857,50 M. - 300 Mark für den Walfonds.

A. U. Hundesir. Sie sind verpflichtet, dem Hauswirt die Miete zuzuführen. Wohnt dieser auswärts, so bleibt Ihnen nichts...

Quittung.

Für den Walfonds gingen ein: Drei 'Mte' vom Sifen 25 700 Mark.

und von dem man über den Strohhalm der Eischafolade blinzeln sieht, wie andere vom dringenden Leben draussen vorbeigeh...

Philosophisches und Hygienisches vom Bett. Das Bett ist die Stätte, von der aus der Mensch alltäglich ins Land des Vergessens...